

# Australien: Bewohner der Tiwi-Inseln gewinnen gegen Rohstoffkonzern Santos - keine Gasbohrung

Barbara Barkhausen

Indigene Bevölkerung wird gehört

## Keine Gasbohrung und mehr Schutz vor Klimawandel: Doppelsieg für Australiens Inselvölker



Dennis Tipakalippa und andere Bewohner der Insel Tiwi protestieren gegen das Barossa-Gasprojekt.

© Quelle: Rebecca Parker

Es war ein Kampf wie David gegen Goliath: In Australien haben die Bewohner der einsam gelegenen Tiwi-Inseln dem mächtigen Rohstoffkonzern Santos einen Riegel vorgeschoben. Auch den indigenen Menschen der Torres-Strait-Inseln zwischen Australien und Papua-Neuguinea gelang ein entscheidender Durchbruch.



Die Tiwi-Inseln sind abgelegen: Nördlich von Darwin, in der Timorsee, sind die Eilande selbst vielen Australiern kein Begriff. Gerade mal 2500 Menschen bevölkern die beiden Inseln Bathurst und Melville Island. Die Bewohner sind Aboriginal People – ihre Vorfahren lebten hier über Tausende von Jahren.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Unweit dieser Inseln wollte der große australische Rohstoffkonzern Santos im Meer nach Gas bohren. Die Genehmigung lag bereits vor. Doch das Unternehmen hatte nicht mit dem Kampfgeist der Inselbewohner gerechnet. Diese gingen vor Gericht und der australische Bundesgerichtshof gab ihnen vergangene Woche nun recht: Santos muss sein Gasprojekt auf Eis legen. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass der Konzern die indigene Bevölkerung beim Genehmigungsverfahren übergangen hatte.

### „Wir werden für unser Land kämpfen“

Der indigene Inselbewohner Dennis Tipakalippa, der die Klage im Juni eingereicht hatte, sagte, dass das Urteil ihn zum glücklichsten Mann der Welt gemacht habe. „Das Wichtigste für uns ist, unser Meeresgebiet zu schützen“, sagte er. Er hoffe, dass Santos wie auch alle anderen Bergbauunternehmen sich künftig daran erinnern werden, wie „mächtig“ indigene Völker sein können. „Wir werden für unser Land und unsere Meere und für unsere zukünftigen Generationen kämpfen, egal, wie hart und wie lange.“

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige



Dennis Tipakalippa ist nach dem Sieg vor Gericht der glücklichste Mensch der Welt.

© Quelle: Rebecca Parker

Vor Gericht hatten die indigenen Bewohner der Inseln geschildert, wie wichtig die Region für sie als Nahrungsquelle sei. Das Offshore-Gasprojekt von Santos stelle deswegen ein großes Risiko für sie dar, erklärten die Indigenen. Außerdem wiesen sie auf die jahrtausendealte kontinuierliche spirituelle Verbindung ihres Volkes zu der Region hin. Letztere versuchten die Bewohner auch dem Richter näherzubringen, als dieser im August eine, wie es in einer Presseerklärung hieß, „historische Reise“ unternahm, um sich die Inseln anzuschauen und Beweise vor Ort zu sammeln.

### „Historische Entscheidung“

Laut der auf Umweltrecht spezialisierten Anwältin Alina Leikin setzt das Urteil „einen neuen Standard“. Es zeige, dass Unternehmen künftig eingehendere Absprachen mit indigenen Eigentümern halten müssten, bevor sie Bohrgenehmigungen erhalten könnten. Auch der Umweltaktivist Jason Fowler hofft, dass diese „historische Entscheidung“ Auswirkungen für andere Offshore-Öl- und Gasprojekte haben werde. Gasunternehmen sollten sich in Acht nehmen, meinte er. „Was Santos versucht hat, als Beratung auszugeben, wurde als unzureichend befunden.“ Mächtige Öl- und Gaskonzerne würden eben nicht über den Gesetzen stehen, meinte der Aktivist. Das Gasfeld sei „das schmutzigste in Australien“ und das Bohren hätte massive Risiken für die unberührte Natur gebracht.



Das Gasunternehmen Santos muss seine Bohraktivitäten nahe der Tiwi-Inseln einstellen.

© Quelle: Rebecca Parker

Nach dem Urteil muss Santos die Bohraktivitäten einstellen. Allerdings hofft der Konzern, die Entscheidung in einem Berufungsverfahren rückgängig machen zu können oder eine Genehmigung mithilfe eines neuen Umweltplans zu erhalten. Letzteres sagte ein Unternehmenssprecher der australischen Agentur AAP.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

### Rechte der Torres-Strait-Insulaner verletzt

Das Urteil gegen Santos war nicht der einzige Sieg eines Inselvolkes in der vergangenen Woche. Ein weiteres wichtiges Urteil fällt der [UN-Menschenrechtsausschuss](#). Dieser kam zu dem Schluss, dass Australien die Rechte der indigenen Bewohner der Torres-Strait-Inseln verletzt, indem es die dortigen Menschen nicht angemessen vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels schützt. Damit gab der Ausschuss einer Beschwerde von acht Ureinwohnern und Ureinwohnerinnen sowie ihren Kindern statt, die auf vier kleinen, tief liegenden Inseln in der Region zwischen dem australischen Festland und Papua-Neuguinea leben.

Der Vorwurf an die australische Regierung lautete, dass sie weder die Ufermauern auf den Inseln modernisiert noch ausreichend Treibhausgasemissionen reduziert habe. Die Menschen auf den Torres-Strait-Inseln erleben seit Jahren, wie der steigende Meeresspiegel, extreme Wetterereignisse und Küstenerosion ihre Heimat und ihre Lebensweise bedrohen.

Schon 2008 schilderte eine Fallstudie die Auswirkungen auf nistende Schildkröten, die Vogelwelt und das Seegras in der Region. Über

die Mitglieder des indigenen Volks hieß es in der damaligen Studie: „Sie fühlen, dass ihr Leben physisch wie kulturell gefährdet ist.“ Inzwischen ist die Situation noch mal dramatischer: Auf einer der Inseln – auf Masig Island – ist der Süßwasserbrunnen durch eingedrungenes Meerwasser salzig geworden, die Korallen vor der Insel sind abgestorben. Auf Poruma Island, eine etwas kleinere und schmalere Insel, ist bereits eine Plantage mit 250 Kokospalmen ins Meer gespült worden. Der Ausschuss fordert nun, dass die australische Regierung die Inselbewohner entschädigt.

## **Jahrhundertlanges Unrecht**

Diese Siege setzen wichtige Zeichen: Denn über Jahre wurden die Rechte der indigenen Bevölkerung in Australien missachtet und teilweise gar mit Füßen getreten. Bis 1967 wurden die Aborigines und Torres-Strait-Insulaner nicht einmal als offizielle Bürger gezählt. Im vergangenen Jahrhundert wurden über Jahrzehnte Kinder aus indigenen Familien gerissen und in Waisenhäusern und Pflegefamilien untergebracht, um sie zu „assimilieren“.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Doch inzwischen verbuchen die australischen Urvölker immer mehr Siege für sich. So sollen sie per Referendum eine indigene Stimme im Parlament erhalten, die ihnen ein Mitspracherecht bei Themen gibt, die sie betreffen. Und auch andere Unrechte sollen zumindest teilweise wiedergutmacht werden. Ein Beispiel ging im Jahr 2020 um die Welt: Damals zerstörte die britisch-australische Bergbaufirma Rio Tinto die Höhlen der Juukan-Schlucht in Westaustralien – eine 46.000 Jahre alte Kulturstätte der Aborigines. Doch eine Untersuchung zwang die Firma letztendlich, das indigene Volk zu entschädigen und die Höhlen wiederaufzubauen.

Auch im benachbarten Neuseeland konnte die dortige indigene Bevölkerung – die Maori – einen entscheidenden Sieg für sich verbuchen. So wurden einem ihrer Stämme eine Entschuldigung und eine Entschädigung in Millionenhöhe für koloniale Gräueltaten zugesprochen. Das neuseeländische Parlament stimmte vergangene Woche einstimmig für die Verabschiedung des Gesetzes.